

Oskar Weggel

## NATO-Bomben zerstören die chinesische Botschaft in Belgrad

### Gliederung

- 1 Das Geschehen vom 7. Mai
- 2 Reaktionen
- 2.1 Regierungsoffizielle Proteste
- 2.2 RMRB-Kommentar
- 2.3 Protestumzüge und Protestrituale
- 2.4 Das Traueritual für die drei Bombenopfer
- 2.5 Schnelles Abklingen der Demonstrationen
- 2.6 Vermutungen über die Motive der NATO
- 2.6.1 „Der Angriff erfolgte in voller Absicht“
- 2.6.2 „Die Bombardierung war ein Test“
- 3 Die - aus Sicht westlicher Beobachter - so überaus unappetitliche Propaganda-Kampagne der VRCh
- 4 Das Einlenken in der Kosovo-Frage
- 4.1 Phase 1: China fordert Verhandlungen - doch Verhandlungen worüber?
- 4.2 Phase 2: China schließt sich den Verhandlungsergebnissen Rußlands an
- 4.3 Phase 3: China verzichtet auf ein Veto gegen den G-8-Kosovoplan
- 5 Flurschäden im Gefolge der antiwestlichen Kampagne?

### 1 Das Geschehen vom 7. Mai

Um Mitternacht vom 7. auf den 8. Mai 1999 wurde die chinesische Botschaft in Belgrad von drei Raketen getroffen, die, wie *Xinhua*<sup>1</sup> betont, von drei verschiedenen Richtungen her abgeschossen, also sorgfältig auf das Ziel einjustiert worden - und keinesfalls nur durch Zufall dorthin gelangt seien.

Die Lenkraketen waren von Jagdflugzeugen der „US-geführten NATO“<sup>2</sup> abgefeuert worden, durchschlugen das fünfstöckige Gebäude bis zum Kellergeschoß hinunter, setzten es in Brand, töteten drei Journalisten, die in der Botschaft wohnten, und verletzten 20 Botschaftsangehörige.

### 2 Reaktionen

#### 2.1 Regierungsoffizielle Proteste

Die chinesische Regierung erhob gegen diese „Souveränitätsverletzung“ am Morgen des 8. Mai sogleich „schärf-

sten Protest“ und bestellte den amerikanischen Botschafter James Sasser beim Außenministerium ein: Das Vorgehen der NATO habe die UNO-Charta sowie die Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen und die Konvention über die Verhütung und Bestrafung von Verbrechen gegen international geschützte Personen verletzt. All diese völkerrechtlichen Normen seien mit Füßen getreten worden. Das Vorgehen habe nicht nur die chinesische Souveränität verletzt, sondern sei auch ein einzigartiges Ereignis in der diplomatischen Geschichte. Die „von den USA geführte NATO“ trage dafür die Verantwortung. Die NATO habe auch die Souveränität Jugoslawiens verletzt und Luftangriffe gestartet, die von Seiten Beijings von Anfang an verurteilt worden seien. Gleichwohl habe die NATO die Bombardierung mittlerweile bereits 40 Tage lang fortgeführt und immer mehr ausgeweitet.<sup>3</sup>

Die Proteste richteten sich vor allem gegen die USA.

Am 10. Mai kündigte die Regierung die Beendigung der Zusammenarbeit mit Washington bei den bilateralen Militärkontakten, bei den Konsultationen zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, bei den Gesprächen über Rüstungskontrolle sowie beim Menschenrechtsdialog an.

Abgelehnt wurde ferner ein Antrag der US Navy, mit einer Flottenabteilung den Hafen von Hongkong zu besuchen - ein Besuch, der sich seit Jahrzehnten eingespielt hatte.<sup>4</sup>

In einem Internet-Forum wurde ferner gefordert, amerikanische Waren zu boykottieren, also beispielsweise keine amerikanischen Getränke mehr zu kaufen, keine amerikanischen Zigaretten zu rauchen und auch keine amerikanischen Flugzeuge mehr zu benutzen. Notfalls solle dieser Boykott auf alle NATO-Staaten ausgedehnt werden. Den Einwand, daß von den Außenhandelsbeziehungen ja vor allem die VR China und die chinesische Wirtschaft profitieren, traten die Initiatoren mit dem Hinweis entgegen, daß „wirtschaftliche Interessen nicht gegenüber unserem nationalen Stolz“ ausgespielt werden dürften.<sup>5</sup>

#### 2.2 RMRB-Kommentar

Fast nahtlos schloß sich der Kommentar der *Renmin Ribao* vom selben Tag dem Wortlaut dieser Regierungserklärung an. Die NATO habe, seit sie ihr Bombardement am 24. März begann, die Angriffsziele von militärischen Einrichtungen schrittweise auf zivile Einrichtungen wie Krankenhäuser, Brücken, Fernsehstationen, Ö raffinerien, Kraftwerke und Wohnungen ausgedehnt. Jetzt sei sogar die chinesische Botschaft an die Reihe gekommen.

In einem zweiten Kommentar der RMRB vom 10. März wurde darauf hingewiesen, daß sich das chinesische Volk nie und von niemandem tyrannisieren lasse. Nach 50 Jahren Aufbauleistung sei es ein schweres Fehlkalkül zu glauben, daß sich das chinesische Volk noch einmal schikanieren und demütigen lasse. Die Greuelat der NATO habe in China einen patriotischen Enthusiasmus entfacht.

Der Präsident der Chinesischen Gesellschaft für Menschenrechtsstudien wies in einem Interview mit der *Beijing Rundschau* am 9. Mai darauf hin, daß die NATO

<sup>3</sup>XNA, 9.5.99.

<sup>4</sup>Wen Wei Po, in SWB, 25.5.99.

<sup>5</sup>SCMP, 11.5.99.

<sup>1</sup>XNA, 9.5.99.

<sup>2</sup>Ebd.

nun endgültig ihr „wahres Gesicht“ entblößt habe: Die NATO übe „unter Anleitung der USA“ Hegemonie im Namen der Humanität aus. Sie benutze einen humanitären Schutzmantel, um damit ihre Hegemonie zu überdecken. Ihr wahres Gesicht sei durch die Militärschläge gegen Jugoslawien, die Tausende von Opfern gefordert und zahlreiche Kosovo-Albaner heimatlos gemacht hätten, entlarvt worden.

Die USA behaupteten, daß Menschenrechte mehr zählen als Souveränität. Ihr tatsächliches Vorgehen im Kosovo habe jedoch das Gegenteil an den Tag gebracht. Vor allem seien durch ihre Luftschläge unzählige Albaner zu Flüchtlingen geworden (sic!).

Auch der Angriff auf das chinesische Botschaftsgebäude habe deutlich werden lassen, daß die „Menschenrechtspolitik“ und der „Humanitätsanspruch“ der USA durch und durch auf Lügen beruhten, von der Achtung vor der Souveränität anderer Länder, u.a. Jugoslawiens, ganz zu schweigen.

Nach wie vor gelte das Postulat Deng Xiaopings, daß „Souveränität wichtiger ist als Menschenrechte“.<sup>6</sup>

Chinesische Presseorgane trugen darüber hinaus Stimmen aus aller Welt zusammen, die zur eigenen Tonlage paßten, u.a. eine Erklärung des russischen Präsidenten Boris Jelzin vom 8. Mai, in der die „Greueltat“ der NATO mit aller Schärfe verurteilt und als Ausdruck von Tyrannei bezeichnet worden war. Xinhua zählte unter den Protestierenden auch UNO-Generalsekretär Kofi Annan auf, darüber hinaus aber auch König Sihanouk von Kambodscha, den japanischen Ministerpräsidenten Obuchi, das vietnamesische Außenministerium und den indischen Außenminister,<sup>7</sup> um hier nur einige Beispiele zu nennen.

### 2.3

#### Protestumzüge und Protestrituale

Mit der Zerstörung der Botschaft hatte die NATO in ein Wespennest gestochen.

Westliche Beobachter konnten in diesem Zusammenhang den Eindruck nicht loswerden, daß die Bombardierung vielen Mitgliedern der chinesischen Führung gar nicht so unwillkommen war; ließ sie sich doch – in Form zahlreicher Empörungs- und Trauerzeremonien – in geradezu idealer Weise zur Ableitung von Protesten instrumentalisieren, die im Vorfeld des 10. Jahrestags der „Ereignisse vom 4. Juni 1989“ zu erwarten waren.<sup>8</sup> Auch konnte die Führung jetzt beweisen, daß die Vorwürfe, sie verhalte sich allzu kleinlaut gegenüber den USA, unge-rechtfertigt seien.

Die antiamerikanischen Protestkundgebungen konnten m.a.W. als Ventil für den im Hinblick auf zahlreiche Mißstände lange aufgestauten Unmut vieler Chinesen dienen!

In der Tat kam es schon wenige Stunden nach der Bombardierung in Beijing und in einer Reihe anderer chinesischer Städte zu Protestumzügen, an denen Zehntausende von Studenten, Arbeitern und sogar buddhistischen Mönchen teilnahmen, die in langen Buskolonnen an das Botschaftsviertel herantransportiert wurden.

Kein Zweifel, daß die Proteste von oben her präzise vorbereitet und aufeinander abgestimmt worden waren.

Dafür sprachen nicht nur die Bustransporte, sondern auch die Straßenmarkierungen. Alle paar hundert Meter waren in bestimmten Bereichen Beijings beispielsweise weiße hölzerne Hinweisschilder aufgestellt, die den Demonstranten zeigten, wo die Botschaften der USA, Großbritanniens und anderer NATO-Länder lagen.

Die Polizei bildete Ketten um die einzelnen Botschaftsgebäude und sorgte dafür, daß die Schäden nur peripher blieben, daß also z.B. keine Mitglieder von Botschaften der acht NATO-Staaten direkt angegriffen wurden, deren Militärverbände sich an den Angriffen gegen Jugoslawien beteiligt hatten. Im übrigen aber durften die Demonstranten ihrer „Wut“ freien Lauf lassen.

Vor der amerikanischen Botschaft in Beijing verbrannten jugendliche Demonstranten unter Absingen der chinesischen Nationalhymne die US-Flagge.

Einen Tag nach der Bombardierung weiteten sich die antiamerikanischen und gegen die NATO gerichteten Massenproteste auf alle großen Städte des Landes aus. In Beijing zogen vom frühen Sonntagmorgen (d.h. vom 9. Mai) an wohlorganisierte Demonstrationzüge aus einem Dutzend von Universitäten und Mittelschulen vor allem vor die amerikanische und britische Botschaft, deren Zufahrten für den normalen Verkehr gesperrt, weil durch Hundertschaften von Polizei blockiert waren.<sup>9</sup>

Rund 30.000 Studenten skandierten an diesem Tag vorwiegend antiamerikanische Parolen und bezeichneten die NATO als die „neuen Nazis“. Sie warfen Steine auf die Botschaft und zündeten Brandsätze. Autos mit Botschaftsschildern wurden beschädigt und Scheiben eingeschlagen. „Zahlt die Blutschuld zurück!“ skandierten die Demonstranten. Studenten trugen mit Hakenkreuzen bemalte Schilder und setzten US-Präsident Clinton mit Hitler gleich. Viele von ihnen hatten auf ihre T-Shirts oder auf Plakate die aus Belgrad bekannten „Target“-Zielscheiben aufgemalt. Einige Transparente trugen von strömendem Blut umflossene Schriftzeichen für „Menschenrechte“.

Zum schwersten Zwischenfall kam es in der Hauptstadt von Sichuan, Chengdu, wo Demonstranten über einen Dachvorsprung in das US-Generalkonsulat eindrangten und einen Gebäudeteil in Brand steckten.

Auch das deutsche Generalkonsulat in Guangzhou wurde angegriffen, wobei es allerdings nur zur Verwüstung des Besucherzimmers kam.

Westliche Beobachter bezeichneten die Übergriffe, vor allem auf das Generalkonsulat in Chengdu, als die „schwersten Zerstörungen von diplomatischem Eigentum in China seit dem Überfall der Rotgardisten auf die britische Botschaft im Jahre 1967“.<sup>10</sup>

Am Nachmittag des 9. Mai hielt der chinesische Vizepräsident Hu Jintao eine vom staatlichen Fernsehsender CCTV ausgestrahlte Ansprache, in der er die NATO beschuldigte, die chinesische Botschaft in der Bundesrepublik Jugoslawien absichtlich angegriffen zu haben. Die VR China habe daraufhin den UNO-Sicherheitsrat aufgefordert, eine Dringlichkeitssitzung einzuberufen, um die „barbarische Tat der NATO unter Führung der USA zu diskutieren und zu verurteilen“. In Beijing, Shanghai, Guang-

<sup>6</sup>BRu, 1999/21, S.17.

<sup>7</sup>XNA, 9. u. 10.5.99

<sup>8</sup>SCMP, 10.5.99.

<sup>9</sup>XNA, 9.5.99.

<sup>10</sup>SCMP, 10.5.99.

zhou, Chengdu und Shengyang sei es mittlerweile zu Demonstrationen von Studenten und anderen Bürgern vor diplomatischen Niederlassungen der USA gekommen.

Die chinesische Regierung unterstütze diese Protestaktionen, *soweit* sie legal seien. Allerdings müsse dort eingegriffen werden, wo durch „Überreaktionen die soziale Stabilität“ gefährdet werde.

Trotz des Vorfalles werde die Regierung die Reform- und Öffnungspolitik auch in Zukunft weiter verfolgen. Ausländer, ausländische Touristen und ausländisches diplomatisches Personal, das in friedlichen Absichten nach China komme, werde auch weiterhin geschützt.<sup>11</sup>

Offizielle Protesterkklärungen wurden darüber hinaus nicht nur vom Außenministerium, sondern von allen möglichen Gremien und Ministerien abgegeben, sei es nun vom Ausschuß für außenpolitische Angelegenheiten des NVA<sup>12</sup> oder sei es vom MOFTEC, d.h. dem Ministerium für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit.<sup>13</sup> Auch die acht nichtkommunistischen Parteien schlossen sich den Aufrufen an.<sup>14</sup>

Selbstverständlich erhielten auch die Massenorganisationen Gelegenheit, ihrer Empörung Ausdruck zu verleihen. Ob Religions-, Frauen-, Schriftsteller-, Journalisten- oder Studentenvereinigungen – sie alle hielten Umzüge ab und gaben Parolen aus. Bei den Studenten wurden sogar regional gesonderte Einheiten, wie die „Studenten Nordostchinas“<sup>15</sup> oder die „Studenten aus Zentralchina“<sup>16</sup> besonders erwähnt. Auch die Studenten aus Shanghai, aus Hangzhou, aus Wuhan oder aus anderen Städten wie Chengdu, Guangzhou, Xi'an, Changsha und Xiamen<sup>17</sup> verurteilten die „NATO-Brutalität“.

Nichts wurde hier dem Zufall überlassen. Zu den Protestierenden gehörten, wie erwähnt, die Acht Demokratischen Parteien, ferner die Organisationen der fünf wichtigsten Religionen in China und selbstverständlich auch die Massenorganisationen, angefangen vom Allchinesischen Journalistenverband bis hin zu den Vertretern der verschiedenen Nationalitäten in China.

Empörung – und zwar nicht nur bei den Angehörigen der Volksrepublik, sondern auch bei Taiwanesen<sup>18</sup> – erweckte die rhetorische Frage westlicher Beobachter, wie die gegen den „faschistischen“ Westen demonstrierenden Studenten wohl reagieren würden, böte man ihnen ein Auslandsstipendium an.

Proteste fanden nicht nur in chinesischen Großstädten, sondern auch im Ausland statt. So protestierten beispielsweise die chinesischen Studenten in Israel,<sup>19</sup> in der Ukraine<sup>20</sup> sowie in Malaysia, Usbekistan und im Iran<sup>21</sup> gegen den „barbarischen Angriff auf die chinesische Botschaft in Belgrad durch die US-geführte NATO“. – Sogar im kanadischen Ottawa sowie in Washington selbst kam es zu

Demonstrationen von jeweils über 1.000 Studenten.<sup>22</sup>

Die Demonstranten sangen bei ihren Veranstaltungen die Nationalhymne sowie die Internationale und trugen Transparente mit sich mit Aufschriften wie „Bestraft die Mörder!“, „Das chinesische Volk läßt sich nicht alles gefallen!“, „Die Amerikaner müssen sich entschuldigen“ etc.

Alles in allem sollen am 9. und 10. Mai 1999 rund 400.000 Demonstranten auf die Straße gegangen sein.

## 2.4

### Das Trauerritual für die drei Bombenopfer

Am 12. Mai trafen die Urnen der drei Journalisten, die in Belgrad ums Leben gekommen waren, begleitet von ihren Familienangehörigen an Bord einer Sondermaschine in Beijing ein.

Hunderte von Schülern und Studenten sowie Repräsentanten aus allen Kreisen der Gesellschaft standen Spalier, als der Kondukt das Flugzeug verließ. Auch der Stellvertretende Ministerpräsident Hu Jintao war am Flughafen anwesend.

Kurze Zeit später begannen die Trauerfeierlichkeiten, an denen die politische Führung Chinas, vor allem aber Tausende von Beijinger Bürgern teilnahmen. Den getöteten Journalisten wurde hierbei der Titel „revolutionäre Märtyrer“ verliehen, und zwar aus dem Munde von Ministerpräsident Zhu Rongji, der an den Zeremonien teilnahm.

Jiang Zemin, Li Peng, Zhu Rongji, Wei Jianxing und Li Lanqing, also die gesamte Führungsspitze, besuchte am 12. Mai die Hauptzentrale der Xinhua-Agentur und die Redaktion der *Guangming Ribao*, also jener Tageszeitung, zu deren Redaktionsstab die „drei Märtyrer“ gehörten hatten.

Staatspräsident Jiang Zemin fand sich mit dem engeren Führungskreis am 13. Mai auch bei der jugoslawischen Botschaft in Beijing ein und hielt eine Ansprache, in der er das „barbarische Verhalten der von den USA geführten NATO“ anprangerte.<sup>23</sup> Seit dem Ende des kalten Kriegs tendierte die Welt zwar immer mehr hin zur Multipolarisierung, doch hindere dies die USA offensichtlich in keiner Weise daran, „fortgesetzt Hegemonismus und Machtpolitik“ zu betreiben und sich willkürlich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen.

China poche demgegenüber auf die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz und lasse sich auch in seinen reformerischen Zielen keineswegs beirren.

Die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit beim ZK begann am 27.5. eine „Kampagne zum Lernen von den drei chinesischen Journalisten, die durch NATO-Bomben in Belgrad getötet wurden“.<sup>24</sup>

## 2.5

### Schnelles Abklingen der Demonstrationen

Vom 9. bis 11. Mai hatte es in China, vor allem in der Hauptstadt, Dauerdemonstrationen gegeben.

Bereits am 10. Mai hatte sich die Lage vor allem an der studentischen Front wieder beruhigt, insofern nämlich, daß die Studenten aller wichtigen Universitäten, die

<sup>11</sup>XNA, 10.5.99.

<sup>12</sup>XNA, in SWB, 10.5.99.

<sup>13</sup>XNA, 9.5.99.

<sup>14</sup>XNA, 10.5.99.

<sup>15</sup>XNA, 10.5.99.

<sup>16</sup>Ebd.

<sup>17</sup>Ebd.

<sup>18</sup>Dazu der *Spiegel*, 24/1999, S.148.

<sup>19</sup>XNA, 11.5.99.

<sup>20</sup>XNA, 13.5.99.

<sup>21</sup>XNA, 14.5.99.

<sup>22</sup>XNA, 17.5.99.

<sup>23</sup>XNA, 13.5.99.

<sup>24</sup>XNA, 27.5.99.

sich an den Protestmärschen beteiligt hatten, um 8.00 Uhr zum Unterricht erschienen waren.

Die beste Gedächtnisfeier sei die Fortsetzung des täglichen Studiums, hieß es.

Am 12. Mai gehörten die Massendemonstrationen fast schon wieder der Vergangenheit an, und es gab nur noch in den Kommunikationsmitteln Nachgefechte und gehässige Angriffe auf die NATO, die in Wortwahl und Ton allerdings ebenfalls von Tag zu Tag immer mehr zurückgenommen wurden.

Ein Korrespondent des *Handelsblatts*<sup>25</sup> brachte am Vorabend des Besuchs von Bundeskanzler Schröder einen Stimmungsbericht: „Am Tage 4 nach Ausbruch des landesweiten Proteststurms in China stehen hier, im Botschaftsviertel, verloren und unerwartet in einem schier endlosen Spalier uniformierte Polizisten. Doch kaum ein Demonstrant ist zu sehen. In einer Seitenstraße stehen Polizeitransporter mit offenen Türen. Drinnen räkel sich grüngelackte Staatsdiener und spielen Karten. Was draußen vor sich geht, scheint sie gar nicht zu interessieren. Die Ruhe hat etwas Beklemmendes. Jene, die den Aufruhr der Studenten kanalisiert haben, stehen noch Wache. Diejenigen, die am Sonntag Steine, Flaschen und Farbbeutel gegen diplomatische Vertretungen schleuderten, sind in ihre Hörsäle zurückgekehrt.“

Endgültig eingestellt wurden die Demonstrationen am 18. Mai. Die Behörden hatten es offensichtlich für ratsam gehalten, die Anti-NATO-Kampagne spätestens jetzt „abzuschalten“, um nicht noch mehr Porzellan zu zerschlagen, und um vor allem zu verhindern, daß die Kundgebungen Eigendynamik gewannen.

Zum ersten Mal wurden jetzt, am 18. Mai, auch jene Entschuldigungserklärungen publiziert, die der deutsche Bundeskanzler Schröder im Namen der NATO während seines Beijing-Besuchs abgegeben hatte. Bis dahin hatten die meisten Chinesen nicht gewußt, daß sich die führenden Politiker der NATO längst für den Angriff entschuldigt hatten. Kein Wunder, daß der „Mann von der Straße“ nach wie vor davon überzeugt war, daß die Botschaft in Belgrad absichtlich bombardiert worden war, um China zu demütigen.

Verblüfft mußte er nun auch zur Kenntnis nehmen, daß sich die Volksrepublik mit der Absicht trage, nach wie vor an ihrer Politik der „Türöffnung“ festzuhalten und ausländische Geschäftsleute willkommen zu heißen. Rückkehr zur Normalität war angesagt - und dies nach all den „anti-faschistischen“ Demonstrationen.

Dabei ging die Bombardierung des Kosovo unvermindert weiter, jedoch begannen jetzt nach und nach Verhandlungen zwischen NATO-Mitgliedern und Rußland, deren Gelingen vor allem dadurch begünstigt war, daß kein Geringerer als Präsident Jelzin eine Beendigung der Spannungen zu den wichtigsten Wirtschaftspartnern Rußlands, nämlich zu den USA und den westeuropäischen Ländern, wünschte.

Zur Beruhigung der Lage hatte beigetragen, daß zwei Hauptvertreter der Gegenseite, d.h. der so heftig beschuldigten NATO, sich offiziell für das Mißgeschick der Botschaftsbombardierung entschuldigten.

Da war zunächst einmal der deutsche Bundeskanzler

Schröder, dessen Besuch aufgrund einer schon lange vorher getroffenen Terminabsprache am 12. Mai stattfand - also gerade einmal viereinhalb Tage nach dem Belgrader Zwischenfall - und der deshalb ins Auge des Sturms blicken mußte.

Im Zeichen der neuen Situation war die für den Schröder-Besuch vorgesehene Wirtschaftsbegleitung kurzerhand ausgelassen und die Visite von ursprünglich drei auf einen Tag reduziert worden.

Dem Bundeskanzler blieb in der peinlichen Situation nichts anderes übrig, als den aktuellen Kenntnisstand der NATO an die chinesischen Gastgeber weiterzuübermitteln. Sabotage? Fehler? Absicht? - Nichts von alledem: Die NATO habe statt dessen das chinesische Botschaftsgebäude wegen fehlerhaften Kartenmaterials mit dem jugoslawischen Waffenbeschaffungsamt verwechselt.

In der NATO hatte es bereits vorher Spekulationen gegeben, ob nicht der jugoslawische Geheimdienst an der Fehlinformationsschraube gedreht und z.B. über einen Agenten in Brüssel die Koordination für die Zielplanung manipuliert habe. Nichts hätte für das jugoslawische Anliegen ja hilfreicher sein können als ein Zwischenfall dieses monströsen Ausmaßes!

Ferner war im Zusammenhang mit dem Bombardement das Gerücht aufgekommen, hohe serbische Politiker hätten sich in der Botschaft Chinas versteckt - zumindest habe der US-Geheimdienst eine solche Wegtauchaktion vermutet. Der Angriff wäre dann freilich durchaus absichtlich gewesen.

Kein Wunder, daß es angesichts solcher Spekulationsvarianten ganz besonders darauf ankam, Verdachtsmomente auszuräumen und für eine Aufhellung des Klimas zu sorgen.

Dem deutschen Bundeskanzler scheint dies gelungen zu sein. Vor allem nahm seine Entschuldigung, die er offiziell im Namen der NATO aussprach, viel Sprengstoff aus der Frage heraus.

Am 14. Mai sprach Präsident Clinton mit seinem Amtskollegen Jiang Zemin eine halbe Stunde lang telefonisch über den Zwischenfall. Angeblich hatte Clinton schon vorher versucht, mit Jiang ins Gespräch zu kommen, war bei diesem allerdings auf Ablehnung gestoßen.<sup>26</sup>

Clinton gab bei dem Gespräch die Versicherung ab, daß die Ursachen des Zwischenfalls genau untersucht und die chinesische Führung darüber so bald wie möglich informiert werden solle. Er betonte, daß die chinesisch-amerikanischen Beziehungen für Washington nach wie vor hohes Gewicht besäßen und daß er daher alle Anstrengungen unternehmen werde, um die Folgen der Bomben-„Tragödie“ zu minimieren und die bilateralen Beziehungen so bald wie möglich wieder auf normale Bahnen zu bringen. Jiang erwiderte, daß die Bombardierung so oder so eine „Katastrophe“ bleibe. Auch konnte er sich in diesem Zusammenhang die Bemerkung nicht verkneifen, daß die chinesische Regierung das „Recht auf Leben“ für das fundamentalste aller Menschenrechte halte. Die Bombardierung habe im übrigen das nationale Gefühl des chinesischen Volkes zutiefst verletzt. Wer könne sich da schon wundern, wenn es zu landesweiten Protesten gekommen sei!?

<sup>25</sup>Markus Gärtner, HB, 12.5.99.

<sup>26</sup>IHT, 15./16.Mai 1999.

Die Bombardierung war für die chinesische Regierung ein Anlaß, zwei Satelliten, die für meteorologische und für andere wissenschaftliche Experimente vorbereitet worden waren, unmittelbar nach dem Belgrader Zwischenfall in den Weltraum zu schießen, und zwar mit einer „Langen Marsch4B-Rakete“. Damit sollte Außenstehenden offensichtlich bedeutet werden, daß auch die Raketentechnik Chinas nicht von schlechten Eltern sei.

Das schnelle Abklingen der Proteste ließ deutlich werden, daß die chinesische Führung sich der Gefahren offensichtlich wohl bewußt war, die mit Massendemonstrationen in China verbunden sind. Vor allem die Geschehnisse der Kulturrevolution haben bewiesen, daß mit dem Feuer spielt, wer „die Massen“ aufwiegelt. Diese Erkenntnis ist u.a. auch zu einem festen Bestandteil der „Deng-Xiaoping-Theorie“ geworden, in deren Namen im Dezember 1978 „das Gewicht der Parteilarbeit vom Klassenkampf auf die Modernisierung verschoben“ wurde und der es vor allem darum geht, daß die Wirtschaft, die Wirtschaft und nochmals die Wirtschaft im Zentrum der Politik steht.

Zwei Gefahren waren mit den Massendemonstrationen vor allem verbunden:

Erstens einmal würde sich eine Übersteigerung der Protestaktionen schädlich auf die chinesischen Außenwirtschaftsbeziehungen auswirken, die ja immerhin zu rund 40% zum BIP der VR China beiträgt.

Zweitens aber sind noch fast alle Großdemonstrationen dieses Jahrhunderts, die zumeist gegen Japan gerichtet waren, zu einem Schuß nach hinten geworden. Diese Erfahrung läßt es auch verständlich erscheinen, warum Hu Jintao in seiner oben zitierten Ansprache so nachdrücklich vor Chaoten gewarnt hat!

Die rasche Einstellung der Protestaktionen ließ Parallelen zu den Vorgängen vom März 1996 deutlich werden; damals hatte sich Beijing bekanntlich darüber erregt, daß auf Taiwan (zum ersten Mal in der Geschichte des Reichs der Mitte) ein Staatspräsident direkt vom Volk gewählt und damit offensichtlich ein erster Schritt auf dem Weg zur Unabhängigkeit Taiwans getan worden war. Dieses Vorgehen wollte man nicht hinnehmen und schoß deshalb nicht nur zwei (nichtmunitionierte) Raketen in Richtung Taiwan ab, sondern veranstaltete darüber hinaus auch umfangreiche Militärmanöver in der Taiwanstraße.

Nachdem der Tiger mehrere Tage lang die Zähne gefletscht hatte, war er auch damals schlagartig wieder zur ruhigen Tonart zurückgekehrt und hatte sich schon bald so zu benehmen begonnen, als wäre nichts geschehen.

## 2.6

### Vermutungen über die Motive der NATO

#### 2.6.1

##### „Der Angriff erfolgte in voller Absicht“

Offensichtlich hatte die KPCh eine Richtlinie herausgegeben, derzufolge die Zerstörung der Botschaft als voll beabsichtigt darzustellen sei. Ein Kommentar der *Volkszeitung*<sup>27</sup> bezeichnete denn auch die Behauptung der NATO, daß man nicht die chinesische Botschaft, sondern das jugoslawische Waffenamt habe treffen wollen, als völlig absurd. In einem „Kurzkommentar“ des Xinhua-Reporters Shi Lu-

jia hieß es, daß die Bombardierung lediglich das letzte Glied in einem „brutalen Angriff“ (*cubao qinfan*) auf die chinesische Souveränität gewesen sei und eine „beabsichtigte Provokation“ (*xuyi tiaoxin*) des chinesischen Volkes. Dieser „barbarische Akt“ dürfe nicht isoliert betrachtet werden. Nach dem Ende des Kalten Krieges, als die USA damit begonnen hätten, ihre Welthegemonie zu errichten, hätten sie China als einen ihrer möglichen Hauptgegner ausgemacht und immer wieder versucht, die Volksrepublik mit allen möglichen Mitteln zu „verwestlichen“ und zu „teilen“. Nach dem Scheitern dieses Plans habe Washington mit einer „Zwei-Ozean-Strategie“ (*liang yang zhanlüe*) begonnen, um Europa und Asien militärisch gleichzeitig zu kontrollieren. In diesem Zusammenhang habe es das Militärbündnis mit Japan neu gestärkt und mittlerweile auch die Aufstellung eines „Raketenschutzschildes“ angekündigt, in den auch Japan und Taiwan einbezogen werden sollten.

All diesen Plänen habe die VRCh Widerstand entgegengesetzt. Nachdem sich China in Befolgung dieser Politik auch auf die Seite Jugoslawiens gestellt habe, sei den US-Imperialisten der Geduldsfaden gerissen und sie hätten nun die chinesische Botschaft in Belgrad als *pars pro toto* der chinesischen Souveränität attackiert.<sup>28</sup>

Die chinesische Führung hätte wissen können, daß die Bombardierung schon deshalb nicht absichtlich erfolgt war, weil sich die NATO mit einem solchen Vorgehen in die Gefahr begeben hätte, bei ihren eigenen Mitgliedsländern die demokratische Basis für ihr weiteres Vorgehen zu verlieren. In der Tat gab es seit dem 8. Mai ja keine Institution und kein Medium in der NATO-Sphäre, die nicht augenblicklich darauf hingewiesen hätten, daß es sich bei der Zerstörung der Botschaft um einen katastrophalen Fehlgriff gehandelt habe, der kaum zu entschuldigen sei und von dem am Ende nur zwei Parteien profitieren könnten, nämlich zum einen die Milosevic-Regierung, der dieses Ereignis ja wie ein Fingerzeig des Himmels erscheinen mußte, zum anderen aber auch Teile der chinesischen Führung, die Angst vor dem heranrückenden 4. Juni hatten und die in antiwestlichen Demonstrationen ein willkommenes Alibi erblicken konnten. Nach Ansicht Dai Qings, einer der bekanntesten Journalistinnen der VR China, die seit 1989 in den USA lebt, war die „irrtümliche“ Bombardierung der chinesischen Botschaft „ein gefundenes Fressen: erstens brauchte die Regierung nun nicht mehr Demonstrationen anläßlich des 4. Juni gegen sich zu befürchten, und zweitens hatte sie Gründe an die Hand bekommen, die Verhandlungen für einen Beitritt zur Weltgesundheitsorganisation - und damit auch zu Verpflichtungen in Menschenrechtsfragen - zu verschleppen.“<sup>29</sup>

#### 2.6.2

##### „Die Bombardierung war ein Test“

Mit der Bombardierung der Botschaft habe die NATO, heißt es an anderer Stelle, mehrere Tests durchführen wollen:<sup>30</sup>

<sup>28</sup>XNA, in SWB, 12.5.1999.

<sup>29</sup>In FAZ, 17.5.99.

<sup>30</sup>Die Hongkonger Zeitschrift *Sing Tao Jih Pao* vom 28.5.99, S.14, beruft sich hierbei auf verlautbarte Meinungen von Mitgliedern des chinesischen Generalstabs, SWB 29.5.99.

<sup>27</sup>RMRB, 9.5.99.

- Konspiration Nr.1: Die NATO habe versucht, das Reaktionsvermögen Chinas auf internationale Krisen zu testen.
- Konspiration Nr.2: Die NATO habe mit ihrem Angriff auch Unruhe nach China hineinbringen wollen, vor allem im Zusammenhang mit der 10. Wiederkehr der „Ereignisse vom 4.Juni“.
- Konspiration Nr.3: Der Westen versuche, Unruhe in Asien zu stiften, nicht zuletzt durch eine Verstärkung der amerikanisch/japanischen Sicherheitsabmachungen.
- Konspiration Nr.4: China solle in ein Rüstungswettrennen hineingezogen und zum Verpuffen seiner nationalen Wirtschaft veranlaßt werden - eine Niederlage ohne Kampf!
- Konspiration Nr.5: Der Westen wolle sich in den Konflikt um die Taiwanstraße einschalten und China zwingen, seine Pläne zur Lösung der Taiwanfrage aufzugeben.
- Konspiration Nr.6: Der Westen wolle Chinas Politik der Reform und der Öffnung unterminieren.

Die Bombardierung der Botschaft in Belgrad habe mit anderen Worten bewiesen, daß der Westen nur eines im Sinn hat, nämlich der VR China wo immer möglich zu schaden!

### 3

**Die – aus Sicht westlicher Beobachter – so überaus unappetitliche Propaganda-Kampagne der VRCh**  
Die Empörung, die in den Protesten gegen die Bombardierung zum Ausdruck kam, war vor allem deshalb kaum noch steigerungsfähig, weil sich die chinesische Propaganda gegen die NATO schon im Vorfeld der Bombardierung bis ins Extrem gesteigert hatte. Wer die Entwicklung Chinas seit den Reformen 1978 regelmäßig verfolgt hat und in der offiziellen Kommunikationspolitik bereits Licht am Ende des Tunnels erblickt zu haben glaubte, mußte über diesen Rückfall des chinesischen Mitteilungsverhaltens in Agitprop-Methoden der maoistischen Zeit entsetzt sein: Hatten sich die chinesischen Medien seit Beginn des NATO-Bombardements gegen Jugoslawien doch allen Ernstes zu einer Art verlängertem Sprachrohr der Milosevic-Propaganda entwickelt!

Die Vertreibung der Bevölkerung aus dem Kosovo war, wenn man chinesischen „Meldungen“ folgte, keineswegs das Werk der serbischen Regierung sowie paramilitärischer serbischer Einheiten, die mordend durch das Kosovo zogen und ein Dorf nach dem anderen ausradierten, sondern ging ausschließlich auf die „Einsätze der verbrecherischen“ NATO zurück. Wörtl.: „Die meisten objektiven internationalen Beobachter weisen darauf hin, daß die wirklich großen Flüchtlingsströme erst nach Beginn der NATO-Luftschläge (v. 24. März) eingesetzt haben. Am 5. April belief sich die Zahl der nach Albanien und Mazedonien fliehenden Menschen auf 200.000 bzw. 115.000.“<sup>31</sup> Nach Meinung der *Volkszeitung*<sup>32</sup> lag hier also keine Vertreibung durch Milosevic, sondern eine „Flucht“ Hunderttausender von Kosovaren vor, die durch die Bombardements der NATO ausgelöst worden sei. Ursache und Wir-

kung wurden hier bewußt durcheinandergebracht: Unerwähnt blieb hier auch die Tatsache, daß Vertreibungen mit dem Ziel einer ethnischen Säuberung bereits zu Beginn des Jahres 1999 systematisch eingesetzt hatten und daß Belgrad schon lange vor dem 24. März davor gewarnt hatte, daß sich der Vertreibungsdruck auf die Kosovaren verstärken werde, falls die NATO militärisch aktiv werde.

In einer Pressekonferenz vom 20. Mai erklärte der Sprecher des Beijinger Außenministeriums, daß „die militärischen Luftangriffe der NATO gegen Jugoslawien bereits mehr als 1.200 Zivilisten getötet und über 600.000 Kosovo-Albaner aus ihrer Heimat vertrieben haben“.<sup>33</sup> Als Ursache der Vertreibung werden hier allen Ernstes die NATO-Bombenangriffe angeführt, deren Ziel es ja gerade umgekehrt gewesen war, solche Vertreibungen zu verhindern. Man fragt sich, wie das Außenministerium eines Staates, der doch ganz gewiß keine „Banananrepublik“ ist, sich zu solchen Verdrehungen der Tatsachen versteigen konnte!

Nirgends in den chinesischen Verlautbarungen tauchte allerdings der Hinweis auf, daß durch die Politik Milosevic' 1,3 Millionen Albaner entwurzelt, und davon rund 800.000 ins Ausland vertrieben worden waren. Auch von der Zahl der Getöteten und Vermißten, die bei rund 100.000 liegen dürfte, war in den chinesischen Medien nirgends auch nur mit einem einzigen Wort die Rede.

Blind übernommen wurden auch andere Meldungen der serbischen Medien, so z.B. die „Nachricht“ vom 29. März, daß die jugoslawische Seite 13 Flugzeuge und 30 Lenkraketen der NATO abgeschossen habe.<sup>34</sup>

Sogar Berichte über die Wirkungslosigkeit der NATO-Bombardements wurden in den chinesischen Medien kolportiert. Es seien genügend Nahrungsmittel vorhanden; der öffentliche Verkehr laufe normal und die Versorgung mit Wasser und Elektrizität sei gewährleistet.<sup>35</sup>

Daß für die vertriebenen Kosovaren keinerlei Verständnis geäußert wurde, war unter den gegebenen Umständen schon fast eine Selbstverständlichkeit. Wenn überhaupt, so war von „Terroristen und Separatisten“ die Rede, wobei sich der Bannstrahl - unter Außerachtlassung von fast einer Million Vertriebenen - sogleich auf die UCK richtete. Daß diese „Separatisten“ nur deshalb so stark hatten werden können, weil Milosevic vorher einseitig die Autonomie des Kosovo aufgehoben hatte, wurde ebenfalls nirgends erwähnt.

Die chinesische Propaganda leistete sich aber nicht nur bei der Faktenwiedergabe, sondern auch in ihren Urteilen schwere Fehlgriffe: Nur drei dieser Bewertungen seien hier kurz erwähnt, nämlich erstens die Bemerkung, daß die „Serben in ihrer Geschichte noch nie nachgegeben haben“,<sup>36</sup> daß sich, zweitens, die NATO mit ihrer Aktion ihr eigenes Grab schaufle<sup>37</sup> und daß, drittens, die eigentlichen Menschenrechtsverletzungen nicht von Belgrad und den jugoslawischen Sondereinheiten, sondern von der NATO begangen worden seien.

Die Bombenangriffe auf Jugoslawien und auf die chinesische Botschaft waren aus Sicht des chinesischen Pro-

<sup>33</sup>BRu, 1999/23, S.12.

<sup>34</sup>BRu, 1999/15, S.15.

<sup>35</sup>Ebd., S.11.

<sup>36</sup>Ebd.

<sup>37</sup>CD, 17.4.99.

<sup>31</sup>BRu, 1999/16, S.11.

<sup>32</sup>RMRB, 31.3.99.

pagandaapparats schlagende Beweise für die „Menschenrechts“-Heuchelei der USA. Unter dem „Vorwand der Verhinderung einer menschlichen Katastrophe“ habe die „US-geführte NATO“ zwei Monate lang „ohne Autorisierung durch den UNO-Sicherheitsrat einen Krieg gegen den souveränen Staat Jugoslawien vom Zaun gebrochen“. Die NATO habe damit die UN-Charta und das Völkerrecht mit Füßen getreten. Statt sich aber selbst an die Brust zu klopfen, hätten die Aggressoren die Opfer in Kriminelle verwandelt. Am 27. Mai habe das Internationale Tribunal wegen angeblicher Kriegsverbrechen und wegen Verletzung der Menschenrechte Anklage gegen Präsident Milosevic und vier serbische Führer erhoben. Dies sei das erste Mal seit Errichtung dieses Tribunals im Jahre 1993, daß der Präsident eines souveränen Staates Ziel einer Anklage geworden sei. Gleichzeitig habe es sich hier um einen Versuch der NATO gehandelt, Milosevic zur Kapitulation zu zwingen.

Kriegsverbrechen aber gingen nicht von Milosevic, sondern von der NATO aus: Das Bündnis habe mit seinen Luftangriffen Straßen, Brücken, Fabriken, E-Werke, TV-Stationen, Krankenhäuser und Märkte zerstört. Mehr als 1.200 Zivilisten hätten ihr Leben verloren und nahezu eine Million Kosovaren seien gezwungen worden, im Gefolge der Bombardements ihre Heimat zu verlassen (sic!). Wenn es also wirkliche Kriegsverbrecher gebe, so seien dies die NATO-Führer, die vor das Tribunal zitiert werden müßten.

Das Tribunal habe bereits während und nach dem Bosnienkrieg von 1992 bis 1995 als Instrument des Westens fungiert. Bezeichnenderweise werde auch das Hauptbeweismaterial gegen die Angeklagten von Ländern wie den USA, Großbritannien und Deutschland zusammengetragen.<sup>38</sup>

Am 21. Mai 1999 wurde in der Nationalen Kunstgalerie in Beijing eine Ausstellung über den Jugoslawienkonflikt eröffnet, dessen Hauptzweck es sein sollte, die „grausamen Verbrechen der NATO“ aufzudecken.<sup>39</sup>

In Zeitungsartikeln und Pressekommentaren wurde verlangt, daß die Forderung der NATO, „Menschenrechte über die staatliche Souveränität“ zu stellen, einer grundsätzlichen Kritik unterzogen werden sollte.<sup>40</sup> Nichts Verlogeneres gebe es als den von der NATO behaupteten „Kampf für Werte und Menschenrechte“, der in Wirklichkeit ein riesiges „Feigenblatt der NATO zur Ausübung von Hegemonie“ sei.<sup>41</sup>

Der Jugoslawienkrieg habe im übrigen dem US-amerikanischen Rüstungssektor mächtigen Auftrieb verliehen und, wie die *Volkszeitung*<sup>42</sup> meint, als „kalte Kriegsdividende“ gewirkt. Nach autoritativen Quellen hätten sich die amerikanischen Militärausgaben im Jahre 1997 auf 276 Mrd. US\$ belaufen - ein Fünftel der gesamten Weltrüstungsausgaben. Die Bombardements hätten aller Welt den High-Tech-Standard der US-Waffen vor Augen geführt und damit die beste Verkaufswerbung geliefert. Vermutlich nehmen die Gewinne der US Rüstungsindustrie 1999 um 10%, die Aktiengewinne sogar um über

20% zu. Kein Wunder, wenn die „US-Waffenhändler“ über den Ausbruch des Krieges glücklich gewesen seien. Schon fünf Tage nach Kriegsbeginn, nämlich am 29. März, habe der Dow Jones-Index die 10.000-Punkte-Marke durchbrochen. Gleichzeitig hätten die USA auch von der Krise des Euro profitiert, der im Zuge des Kosovokonflikts kontinuierlich an Wert verloren habe.

Wie konnte sich die chinesische Propaganda im Ton dermaßen vergreifen?

Drei Ursachen - eine innen- und zwei außenpolitische - dürften hier vor allem maßgebend gewesen sein:

Was den innenpolitischen Beweggrund anbelangt, so ging er zurück auf innerparteiliche Auseinandersetzungen vom Herbst 1998, als es vor dem Hintergrund der Asienkrise und der „Unwägbarkeiten“, die der bevorstehende Jahrestag des Tiananmen-Massakers mit sich bringen würde, darum ging, politisch Stellung zu beziehen. Unter anderem hatte damals beispielsweise die Entscheidung angestanden, ob oppositionelle Kräfte, die u.a. eine „Demokratische Partei“ gründen wollten, mit Samthandschuhen angefaßt oder aber gebremst und zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Ministerpräsident Zhu Rongji hatte sich in diesem Zusammenhang für ein moderates Vorgehen, der NVK-Vorsitzende Li Peng aber für verschärfte Kontrollen ausgesprochen. In der damaligen Krisenstimmung hatte sich im wesentlichen Li Peng durchgesetzt und damit Gelegenheit erhalten, zusammen mit seinem Vertrauten, Luo Gang, der vom Politbüro aus den Sicherheits- und Justizapparat steuert, einen Repressionskurs zu steuern. Unschwer läßt sich die Handschrift des Duopols Li/Luo auch in jener Gemeinsamen Direktive des Ministeriums für öffentliche Sicherheit und für Staatssicherheit vom 22. Februar 1999 erkennen, die zu einer konsequenten Bekämpfung möglicher „Sabotageakte“ im Vorfeld des 4. Juni aufrief.

Dem Geist dieser Linie begann von Anfang an auch die Kosovo-Berichterstattung zu folgen, die zunehmend an die maoistische Pressepolitik der 70er Jahre erinnerte.

Daneben gab es aber auch außenpolitische Anlässe für den „neuen“ Agitprop-Stil, nämlich die Befürchtung, daß Kosovo zu einem Präzedenzfall werden könne. Ganz auf dieser Linie wählte z.B. die in Guangzhou erscheinende Tageszeitung *Nanfeng Zhoumo* in einem Leitartikel vom 16.4.99 die Überschrift „Heute der Balkan, morgen China“<sup>43</sup> und deutete damit an, daß es auch in China Kosovos gebe. Noch deutlicher kam dies gedanklich in einem Kommentar der *Financial Times*<sup>44</sup> zum Ausdruck, der von „Kosovo's Tibetan Parallel“ sprach. Der Anblick unzähliger albanischer Flüchtlinge habe der NATO-Intervention in den Augen der westlichen Öffentlichkeit eine neue Rechtfertigung gegeben. Könne sich dieser Vorgang nicht auch im Falle Tibets, im Fall der taiwanischen Unabhängigkeitsbewegung oder aber Osttimors wiederholen?

Die Reaktionen fielen, drittens, aber auch deshalb so geharnischt aus, weil China sich vom Entscheidungsprozeß in der Kosovo-Krise an den Rand gedrängt sah. Da Beijing jedes Vorgehen gegen den Ethnonationalismus Milosevic' mit einem Veto beantwortete, hatte sich die NATO ge-

<sup>38</sup>China Radio International, in SWB, 31.5.99.

<sup>39</sup>SCMP, 24.5.99.

<sup>40</sup>XNA, 27.5.99.

<sup>41</sup>XNA, in SWB, 22.5.99.

<sup>42</sup>RMRB, 21.5.99.

<sup>43</sup>SWB, 19.4.99.

<sup>44</sup>FT, 26.4.99.

zwungen gesehen, ohne UNO-Mandat zu agieren - und damit sowohl Moskau als auch Beijing das Gesicht verlieren lassen. Am Ende hat der Balkankrieg die Schwäche Chinas in aller Offenheit ans Tageslicht kommen lassen, sei es nun, daß die Volksrepublik - anders als beispielsweise Rußland - kaum konsultiert wurde, sei es, daß China unfähig war, Anti-NATO-Demonstrationen in Asien auf den Plan zu rufen. Sieht man einmal von den Protestumzügen einiger Auslandschinesen ab, so verhalten die Rufe Beijings nach asiatischer Solidarität ungehört.

#### 4

### Das Einlenken in der Kosovo-Frage

#### 4.1

#### Phase 1: China fordert Verhandlungen - doch Verhandlungen worüber?

Wie bereits in einer früheren Betrachtung ausgeführt,<sup>45</sup> hatte China von Anfang an militärische Antworten auf die Kosovo-Frage abgelehnt und statt dessen Verhandlungslösungen gefordert. Verhandlungen freilich in welche Richtung? Ein Vorgehen nach dem Vorbild „Dayton“ kam offensichtlich nicht in Betracht, da die Milosevic-Regierung IFOR-Schutztruppen unter NATO-Kommando für das Kosovo entschieden ablehnte - und China deshalb Vorstellungen, die auch nur von ferne mit IFOR-Elementen arbeiteten, als „Einmischung in innere Angelegenheiten“ zurückwies.<sup>46</sup>

Aus den gleichen Gründen (Abwehr von „Einmischung in innere Angelegenheiten“) konnte auch eine separatistische Lösung (Option Nr.2) nicht in Betracht kommen<sup>47</sup> - ebensowenig wie eine Beibehaltung des Status quo (ante) (Option Nr.3): Auch diese war offensichtlich nicht willkommen, da sie auf ein weiteres Zusammenleben zwischen Serben und jenen eineinhalb Millionen Kosovo-Albanern hinausgelaufen wäre, die Milosevic ja gerade vertreiben wollte.

Obwohl Beijing damit jedem konkreten Verhandlungsvorschlag entgegengetreten war, hatte es doch immer wieder darauf gepocht, daß eine politische Lösung gefunden werden *müsse*. Verhandlungen wurden hier m.a.W. zu einem l'art pour l'art erklärt. Scheiterten sie, so gäbe es eigentlich nur zwei Möglichkeiten: Entweder führe die NATO ihre Bombardierungen bis auf den Sankt-Nimmerleins-Tag fort, ohne je ihre Ziele zu erreichen, oder aber sie lasse Bodentruppen aufmarschieren, setze sich damit der Gefahr eines langandauernden Guerillakrieges aus und gerate wahrscheinlich in die gleiche Situation wie „Hunderttausende von faschistischen deutschen Soldaten, die bereits während des Zweiten Weltkrieges daran gescheitert sind, Serbien in die Knie zu zwingen“.<sup>48</sup>

#### 4.2

#### Phase 2: China schließt sich den Verhandlungsergebnissen Rußlands an

Da China, wie erwähnt, lange Zeit zwar Verhandlungen gefordert, aber alle denkbaren konkreten Verhandlungsoptionen vom Tisch gewischt hatte, war es in eine Lage

geraten, die am Schluß nur noch *eine* Option offenließ, sich nämlich ohne Wenn und Aber hinter Rußland zu stellen und *diesem* das Gesetz des Handelns zu überlassen.

Rußland rückte damit, nachdem es schon durch die deutsche Politik eine zentrale Verhandlungsposition erhalten hatte, ein weiteres Mal - bestärkt nun noch durch das (als solches unausgesprochene) Mandat Chinas - ins Zentrum der Gespräche um Jugoslawien. China lieferte sich damit praktisch dem russischen „Partner“ aus - und würde sich am Schluß, wenn es zur Abstimmung in der UNO käme, zumindest eines Vetos enthalten müssen. Konnte sich Beijing doch jetzt, da es drei Ständige Sicherheitsratsmitglieder vor den Kopf gestoßen hatte, nicht auch noch mit Moskau anlegen!

Pech für China, daß Rußland - und hier vor allem der russische Präsident Jelzin - die neue Chance dazu nutzte, mit dem Westen seinen Frieden zu machen. So kam es, daß Rußland, vertreten durch seinen Sonderbeauftragten Tschernomyrdin, und Europa, vertreten durch den finnischen Staatspräsidenten Marty Ahtisaari, bei den Verhandlungen mit Milosevic als geschlossene Front auftraten - mit der Folge, daß Milosevic keine andere Möglichkeit sah, als sich dem nun auch von Rußland unterstützten NATO-Diktat zu beugen und den Hauptforderungen seiner Gegner nachzugeben,<sup>49</sup> die sich schlagwortartig auf drei Stichworte verdichten lassen - Serben raus (aus dem Kosovo), NATO rein und Kosovaren zurück.

Nachdem Milosevic klein beigegeben hatte, wandte sich die Aufmerksamkeit der NATO-Strategen erneut Rußland - und der VR China zu. An mehreren Verhandlungsorten wurden jetzt Gespräche geführt, in Moskau und Washington, in Brüssel, in Kumanovo (Mazedonien) und in Köln. Erneut stand Rußland der geschlossenen Front der Außenminister der NATO-Staaten gegenüber. Schlüsselemente des Streits waren die Rolle der NATO im Nachkriegs-Kosovo und das Problem, womit zuerst zu beginnen sei: mit dem Rückzug der Serben oder aber mit dem Bombenstopp.

Am 8. Juni traf der Kosovo-Unterhändler der EU, Ahtisaari, zu einem eintägigen Besuch in Beijing ein und erläuterte der chinesischen Regierung dort den mittlerweile fertiggestellten Resolutionsentwurf der G-7. Dabei gewann er den Eindruck, daß Beijing dem Plan zustimme, falls vorher die Bombardierung Jugoslawiens eingestellt und sichergestellt werde, daß Jugoslawien keine Souveränitätseinbußen hinnehmen müsse - eine Erwartung, die als solche wohl kaum zu erfüllen war, der die G-7-Staaten aber immerhin mit dem Zugeständnis entgegenkommen konnten, daß das Kosovo ein (autonomer) Teil Jugoslawiens bleibe.<sup>50</sup>

Bei den Gesprächen mit Ahtisaari wies Jiang erneut darauf hin, daß es auf der Welt mehr als 2.500 ethnische Gruppen gebe, die, ähnlich wie die Kosovo-Albaner, ebenfalls Ansprüche auf nationale Eigenständigkeit geltend machen könnten.<sup>51</sup> Indem die NATO den kosovo-albanischen Wünschen entgegengekommen sei, habe sie eine Pandora-Büchse geöffnet.

<sup>45</sup>Dazu C.a., 1999/3, S.261-266.

<sup>46</sup>Zu Dayton vgl. ebd., S.262-264.

<sup>47</sup>Ebd., S.264.

<sup>48</sup>XNA, in SWB, 29.3.99.

<sup>49</sup>IHT, 5./6.6.99.

<sup>50</sup>XNA, 9.6.99.

<sup>51</sup>XNA, 9.6.99.

### 4.3 Phase 3: China verzichtet auf ein Veto gegen den G-8-Kosovoplan

Schon zwei Tage später, nämlich am Donnerstag, den 10. Juni, beschloß der Sicherheitsrat in New York die Resolution 1244, bei der sich China der Stimme enthielt - und damit der Resolution letztlich grünes Licht gab.

Kurze Zeit vorher hatte die NATO das Bombardement eingestellt, nachdem die jugoslawischen Truppen damit begonnen hatten, sich aus dem Kosovo zurückzuziehen.

Mit seiner Stimmenthaltung hatte Beijing auch grünes Licht für den Einzug von 50.000 Kfor-Soldaten gegeben. Gleichzeitig hatte es seine Genehmigung dafür erteilt, daß die durch die Milosevic-Politik vertriebenen Flüchtlinge wieder heimkehren konnten, nämlich rund 70.000 aus Montenegro, 445.000 aus Albanien und rund 245.000 aus Mazedonien.

Kurz vor dem Ahtisaari-Besuch hatte auch Bundeskanzler Schröder in seiner Eigenschaft als EU-Präsident mit Ministerpräsident Zhu Rongji ein Telefongespräch geführt und seinen Gesprächspartner über die anstehenden Lösungsvorschläge der G-7 informiert. In diesem Zusammenhang hatte Zhu betont, daß vor jeglicher Zustimmung Chinas die Bombardements auf Jugoslawien eingestellt werden müßten.<sup>52</sup>

## 5 Flurschäden im Gefolge der antiwestlichen Kampagne?

Die chinesischen Medien hatten von Anfang an - d.h. noch lange vor der Botschaftsbombardierung - nicht den geringsten Versuch unternommen, die Verbrechen des serbischen Regimes auch nur anzudeuten, geschweige denn Einzelheiten darüber zu veröffentlichen. Stattdessen wurde Milosevic als Held des Volkes und die NATO als imperialistischer Bösewicht hingestellt.

Dies war ein zwiespältiges Unterfangen, da bereits die eigenen Bürger sich allen Ernstes fragen mußten, wieso über den Zwischenfall in Belgrad schon einen Monat später wieder halbwegs Gras gewachsen sein konnte; hatte Beijing bis dahin doch all jenen Regelungen über die Kosovo-Frage seinen Segen erteilt, denen es bei den Rambouillet-Verhandlungen noch mit größter Entschiedenheit entgegengetreten war.

Aber auch dem Westen mußte die wochenlange Solidarisierung des offiziellen China mit dem Regime Milosevic' zu denken geben. Offensichtlich wünschte Beijing gar nicht so sehr den Frieden als vielmehr die Niederlage Amerikas und der NATO.<sup>53</sup>

Vor allem aber haben die so überaus fremdenfeindlichen Demonstrationen zwischen dem 8. und dem 11. Mai der chinesischen Sache mehr geschadet, als es die Führung einkalkulieren zu müssen glaubte: Zum einen sind vor dem Hintergrund der wachsenden Spannungen mit den USA die Aussichten für einen baldigen WTO-Beitritt der VRCh drastisch gesunken. Zum anderen haben die Demonstranten bei vielen Investoren sowie bei Unternehmen, die längerfristig ein China-Engagement bereits ins Auge gefaßt hatten, Betroffenheit und Nachdenklichkeit ausgelöst.

Wo der „Haß auf den Westen“ so gewitterartig hervorbrechen kann, ist es mit vertrauensvollen Beziehungen offensichtlich nicht allzu gut bestellt.

Und wer könnte, wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*<sup>54</sup> in diesem Zusammenhang erwähnt, schon „ausschließen, daß plötzlich die Führung bei Problemen in der Taiwanfrage unter dem Jubel der 'Massen' westliche 'ausbeuterische' Investitionen enteigne? Niemand weiß, was in den Köpfen der Führung, dem siebenköpfigen Ständigen Ausschuß des Politbüros, vorging, als man die Massenproteste schon wenige Stunden nach dem NATO-Angriff lostrat. Wollten einige Reformgegner die Öffnung zum Westen bremsen? Wollte vielleicht das Regime von der düsteren Wirtschaftsentwicklung und der rasch wachsenden Massenarbeitslosigkeit ablenken? Viele westliche Unternehmer und Politiker waren bereit, über die Verletzungen der Menschenrechte hinwegzusehen, um ihre Geschäfte nicht zu gefährden. Die plötzliche ausländerfeindliche Welle aber läßt ahnen, daß auch diese plötzlich gefährdet sein könnten.“

<sup>52</sup>XNA, 5.6.99.

<sup>53</sup>So FAZ, 18.5.99.

<sup>54</sup>FAZ, 18.5.99.